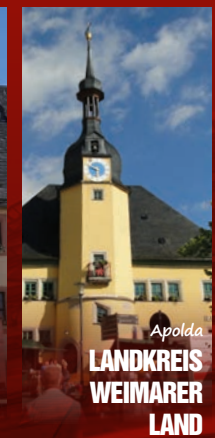




Leuchtenburg
SAALE-HOLZLAND-KREIS



GERA



Apolda
LANDKREIS WEIMARER LAND



Sömmerda
LANDKREIS SÖMMERDA



JENA



Ralph Lenkert

Mitglied des Deutschen Bundestags

Wahlkreisinfo I 2023

Melden Sie sich!

Meine Mittel im Bundestag sind begrenzt, aber nicht wirkungslos. Haben Sie Fragen oder Anregungen, gibt es bei Ihnen vor Ort Umweltprobleme, Schwierigkeiten mit Ämtern oder Behörden - ich kann nachfragen und an einigen Stellen nachhaken. Vielleicht können wir das Problem gemeinsam lösen. Sprechen Sie mich an:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227 726 36
Fax: (030) 227 766 38
Mail: ralph.lenkert@bundestag.de

Ich unterhalte in der Region fünf Büros, um für Sie auf kurzem Wege erreichbar zu sein. Sie erreichen mich in **Jena, Sömmerda, Apolda und zusätzlich in Gera und Hermsdorf.**

Wahlkreisbüro JENA
Schlossgasse 11
Tel. (03641) 231 606

Wahlkreisbüro SÖMMERDA
Poststraße 7
Tel. (03634) 621 367

Wahlkreisbüro APOLDA
Ackerwand 11
Tel. (03644) 51 82 345
Büro GERA
Markt 12a
Tel. (0365) 712 84 70

Büro HERMSDORF
Naumburger Straße 8
Tel. (036601) 21 96 83

Mail: ralph.lenkert@bundestag.de

www.ralph-lenkert.de

1.000 € für Konzertchor Rutheneum

Am 06.01.23 konnte ich dem Konzertchor Rutheneum einen Scheck über 1.000 € vom Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. für ihre Konzertreise in die USA im Oktober übergeben. An den Verein der Bundestagsfraktion spenden LINKE-Abgeordnete die Erhöhungen ihrer Diäten, denen sie nicht zugestimmt haben, die sie aber trotzdem bekommen. Mit diesen Spenden unterstützen wir Projekte von sozialen und kulturellen Vereinen.



Schon eine kleine Tradition:



Wir bedanken uns am Morgen des Frauentages bei den Mitarbeiterinnen des Universitätsklinikums Jena für ihre enorm wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft mit einem Blumenstrauß. Neben diesem Zeichen der Wertschätzung bleibt unsere Forderung klar: Frauen haben mehr verdient! Mehr Gehalt, bessere Arbeitsbedingungen, wirkliche Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und eine gerechte Verteilung der Arbeit in Haushalt und Familie.

Schluss mit teuer - Essen, Energie und Wohnen müssen bezahlbar sein



Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag war im Herbst 2022 auf ihrer Tour unter dem Titel „Schluss mit teuer - Essen, Energie und Wohnen müssen bezahlbar sein“ zu Gast in Thüringen, u.a. in Jena, Gera, Weimar und der Landeshauptstadt.

Politische Bildungsreise



Ende Februar 2023 durften sich 50 Personen aus Altenburg und Gera auf meine Einladung hin drei Tage lang über die Politik in Berlin hautnah informieren - u. a. durch einen Besuch im Bundestag und der Thüringer Landesvertretung. Ein Gespräch mit mir als Abgeordnetem durfte auch nicht fehlen. Ich hoffe, allen hat die Fahrt gefallen und einige Erkenntnisse gebracht.

Energiewürfel

Eine ökologische und soziale Energiepolitik ist nicht die Quadratur des Kreises, sondern möglich und notwendig! Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag war am 17.09.22 auf meine Einladung hin in Jena, um Ideen mit den Bürger:innen zu diskutieren. Mit einem ausreichenden politischen Willen auf Bundesebene könnten nicht nur die Belastung der Bürger:innen durch explodierende Preise ausgeglichen werden, sondern die Regeln der Energiemärkte so geändert werden, dass wir nicht auf der einen Seite Gewinne in Milliardenhöhe bei einzelnen Unternehmen und auf der andere Seite Millionen Haushalte haben, die nicht wissen wie sie die Strom, Gas- oder Nebenkostenrechnung in Zukunft bezahlen sollen. Ein anderes effizientes, kostengünstiges Energiesystem ist möglich!



ENERGIE MUSS WIEDER BEZAHLBAR SEIN!

DIE LINKE Thüringen informierte 2022 in ganz Thüringen über Möglichkeiten für soziale Energiepreise. Unter anderem am 25.05.22 nahm ich in Rudolstadt teil. Die hohen Energiepreise bedeuten einerseits für Energiekonzerne Milliardengewinne, andererseits treiben sie vielen Menschen die Sorgenfalten ins Gesicht. Wie soll man das bezahlen? Wir wollen das ändern!



Tag der Kinderhospizarbeit

Am 10.02.22 war es Zeit, diejenigen zu ehren und ins Rampenlicht zu holen, die Familien in ihren schwersten Tagen, Wochen oder Monaten beistehen und unterstützen. Ihr leistet eine großartige Arbeit, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Danke! Und an alle anderen, die das lesen, schaut doch mal, ob es in eurer Region Kinderhospize, wie das Kinderhospiz Mitteldeutschland, oder Anlaufstellen wie den Thüringer Kinderhospizdienst gibt und ob ihr die unterstützen könnt.

Einweihung Gradierwerk Bad Sulza

30.04.22: Es freut mich stets, wenn alte Bauwerke restauriert und der öffentlichen Nutzung übergeben werden. Daher war die Einweihung des Gradierwerks Bad Sulza ein wahrhafter Grund zum Feiern! Nach längerer Bauzeit und der Investition von ca. 2,5 Millionen Euro steht dieses Bauwerk als Prunkstück für die Kur- und Weinstadt Bad Sulza wieder zur Verfügung. Besonders die Kurgäste mit Atemwegsproblemen oder von Heuschnupfen bzw. Asthma Geplagte werden sich über die wohl-tuende Sole-Luft freuen.



Vorschläge DIE LINKE. IM BUNDESTAG

- 10.11.2021 (BT Drs. 20/25)**
- „Keiner soll frieren“-Plan
 - Einmalzahlung von 200 € für alle unter Armutsgefährdungsschwelle (z.B. Alleinstehende unter 1.251 € pro Monat, Familie mit 2 Kindern unter 2.627€ pro Monat)
 - Heizkostenübernahme bei Sozialversicherungsempfänger:innen
 - Klimawohngeld
 - Strom- und Gassperren bei Privathaushalten verbieten
 - CO₂-Preise von Vermieter:innen tragen
 - gerechte Steuerreform (Einführung Vermögenssteuer)

Privatisierungen, Spekulation und Profitgier haben die soziale Krise, steigende Energiekosten und Inflation für Menschen und sowie kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland ausgelöst, der Krieg gegen die Ukraine verschärft diese Entwicklung. Gleichzeitig schießen die Vermögen der Multimillionäre in ungeahnte Höhen, machen Konzerne Milliarden Extraprofite. Höhere Steuern auf Konzernprofite sind für DIE LINKE unerlässlich, aber wichtiger ist, dass niemand mit Daseinsvorsorge, mit Gesundheit, Bildung, Telekommunikation und Energie Profite machen darf.

DIE LINKE wird unaufhörlich für die Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge und soziale Umverteilung eintreten.

Die Bundesregierung hat die Gesellschaft nicht vor der sozialen Krise geschützt. Chancen für eine Zukunft mit erschwinglichem ÖPNV für alle wurden vertan. Energiespekulanten können alle Sonderprofite aus dem vergangenen Jahr behalten.

Dies ist eine Gegenüberstellung unserer Forderungen als Opposition im Bundestag mit den Maßnahmen der Bundesregierung. Wir zeigen auf, was alles hätte getan werden können und müssen.

Januar 2022:

- Forderung nach staatlicher Beteiligung an Gasspeichern

15.02.2022 (BT Drs. 20/682)

- staatliche Strompreisaufsicht,
- Entkopplung der Strompreise von der Börse
- Mehrwertsteuer auf Strom, Erdgas und Fernwärme für mind. 6 Monate auf 7 % herabsetzen
- CO₂-Preis ist von Vermieter:innen zu tragen
- Strom- und Gassperren für Privathaushalte verbieten
- Erneute Forderung Einmalzahlung von 200 € wie im November 2021
- Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes
- Mobilitätsgeld

16.03.2022 (BT Drs. 20/1084)

- Wohngeldreform mit
 - Kostenübernahme für Strom, Wasser und Heizung; Wohngelderhöhung
 - Erneute Forderung keine Strom- und Gassperren
 - Heiz- und Stromkostenzuschuss für Leistungsempfänger:innen
 - Konzept für Energiegrundkontingent
 - Umstieg auf Warmmietensystem

April 2022 (BT Drs. 20/1329 20/1514 20/1576)

- Härtefallfonds für Kleinvermieter:innen
- kommunale Unternehmen (Nah- und Fernwärmeversorgung) finanziell entlasten
- Energie-Sondervermögen von 100 Mrd. Euro
- Kurzarbeitsregelungen verlängern
- Übergewinnsteuer einführen
- Reform der Energiemärkte
- Sofortprogramm für 8 Monate: > 75 € pro Haushalt + 50 € pro Person pro Monat
- Verlängerung des 9-€-Tickets

21.06.2022 (BT Drs. 20/2334)

- Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel

21.06.2022 (BT Drs. 20/2334)

- Schwedt und Leuna sichern
- Rettungsfonds für Unternehmen in Ostdeutschland
- Hilfen auf Student:innen und Rentner:innen ausweiten > 75 € pro Haushalt + 50 € pro Person pro Monat
- bundesweiter Versorgungs-Notfallplan
- Verlängerung des 9-€-Tickets bis mindestens Ende des Jahres
- Treibstoffpreise kompensieren (Übergewinnsteuer)
- staatliche Energiepreisaufsicht

07.07.2022 (BT Drs. 20/2686)

- Neuregelung der Strom- und Gasgrundversorgungsverordnungen > Strom- und Gassperren verbieten

20.09.2022 (BT Drs. 20/3483)

- Obergrenze für Strom- und Erdgaspreise bei privaten Haushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen (Kompensation über Bundeshaushalt)

30.09.2022 (BT Drs. 20/3791)

- Inflationsausgleich von 75 € pro Haushalt + 50 € pro Person pro Monat
- Gas- und Strompreisdeckel für Privathaushalte
- Strom- und Gassperren verbieten
- Übergewinnsteuer auf Milliardenprofite der Energiekonzerne
- Rettungsfonds für Unternehmen, der Insolvenzen verhindert
- Grundlagen für Bundeskartellamt schaffen (gegen überhöhte Spritpreise und unrechtmäßige Bereicherung der Konzerne)
- Lohneinheit (Mindestlohn über 12 €, Leiharbeit verbieten, Tarifverträge anpassen, pauschale Differenzierung nach Ost und West aufheben)
- Rentenerhöhung gegen Altersarmut, besonders im Osten
- Strukturwandel in der Energiewirtschaft
- Einkommens- und Beschäftigungsgarantie für Kohleindustrie
- gerechte ostdeutsche Vertretung in Führungsfunktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien

Dezember 2022

- Energiekostendeckelung anpassen: Strom max. 30ct/Kilowattstunde, Gas max.8ct/Kilowattstunde

Russland überfällt die Ukraine
24.02.2022

Maßnahmen der Bundesregierung

Heizkostenzuschuss I
für Wohngeldempfänger:innen, Azubis und Studierende

9-Euro-Ticket Nahverkehr

Senkung Energiesteuer Benzin und Diesel

100 € Einmalzahlung für ALG I
200 € Einmalzahlung für ALG II, Sozialhilfe u. Grundsicherung
20 € Sofortzuschlag für armutsbetr. Kinder u. Jugendliche
100 € Kinderbonus pro Kind

Wegfall EEG-Umlage

300 € Energiepreispauschale
für einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige

Erhöhung gesetzlicher Mindestlohn
12 €/h brutto

Steuersenkung auf Gasverbrauch von 19 auf 7 %

300 € Energiepreispauschale
für Rentnerinnen und Rentner

Übernahme Dezemberabschlag

Wohngeldreform
Hartz IV heißt Bürgergeld
Erhöhung Regelbedarf

Erhöhung Kindergeld
auf 250 €
200 € Energiepreispauschale
für Student:innen

Gaspreisbremse 12 ct/kWh auf 80 % Vorjahresverbrauch
Strompreisbremse 40 ct/kWh auf 80 % Vorjahresverbrauch

Deutschlandticket
ab 01.05.23

bis März 2024

bis April 2024

bis April 2024